

# Postdemokratie

von Marie-Christine Kajewski

## 1. Begriff

Erosionsprozesse haben die Institutionen der konsolidierten Demokratien westlicher Prägung erfasst. Es lassen sich diverse Funktionsstörungen erkennen: Normative Selbstüberforderung, das Erreichen der Leistungsgrenzen bezogen auf die demografische Entwicklung und ökonomische Ziele, Politikverdrossenheit und ein tief greifender Vertrauensverlust der Bürger in den politischen Prozess und die politischen Parteien. Nachdem diese Dysfunktionen zu meist nur gesondert von der Wissenschaft behandelt wurden, werden sie durch die diagnostischen Betrachtungen Colin Crouchs unter dem Begriff der ‚Postdemokratie‘ auf einen Nenner gebracht.<sup>1</sup>

Zentrales Merkmal postdemokratischer Systeme ist die Verschiebung von der Input- zur Outputlegitimation. Dabei sind auf der formalen Ebene die demokratischen Institutionen und Verfahren vollkommen intakt – es gibt eine auf Konkurrenz basierende Parteienlandschaft, regelmäßig werden Wahlen abgehalten und die Gewaltenteilung funktioniert unversehrt. De facto allerdings sind diese Institutionen entkernt, denn die Bürger partizipieren nicht länger am politischen Geschehen. Da die westlichen Demokratien jedoch auf bürgerschaftliches Engagement und damit auf Inputlegitimation gegründet sind, tritt eine Legitimationslücke ein, die das politische Entscheidungssystem durch Output – das sind vor allem die verabschiedeten Gesetze und Regelungen – füllt. Die Bürger werden für die Entscheidungsfindung zusehends unwichtiger.

Verschiedene, miteinander verzahnte Entwicklungen führen für Crouch zu diesem Befund, zuvorderst eine Verschiebung in der Rationalität des öffentlichen Sektors. Da die demokratischen Regierungen globale Unternehmen um ihre Flexibilität und hohe Effizienz beneiden, versuchen sie sich in einer möglichst getreuen Imitation. Dabei wird aber außer Acht gelassen, dass sich die spezifische Rationalität einer Regierung von der eines Unternehmens unterscheidet. Die Mimikry ökonomischer Rationalität führt zu Auslagerungen und Privatisierung von Teilbereichen des öffentlichen Dienstes in der Annahme, dass sich die Qualität

---

<sup>1</sup> Crouch, Colin, Postdemokratie, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 2008.

öffentlicher Dienstleistungen durch kommerzielle Vorgehensweisen verbessern wird. Diese Ansicht bedingt ein abnehmendes Selbstvertrauen der Politiker, die es nicht mehr wagen, Aufgaben auch ohne Unterstützung des privaten Sektors zufrieden stellend lösen zu können.

Mit der zunehmenden Privatisierung von öffentlichen Leistungen kommt es zum Aufbau besonderer Beziehungen zwischen Lobbyisten auf der einen und Politikern und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auf der anderen Seite, was Privilegien und einen wachsenden Einfluss des privaten Sektors bedingt. Dies verstärkt nur die Überformung der politischen Rationalität durch die ökonomische, was sich auch in der politischen Kommunikation niederschlägt. Der Bildungs- und Informationsauftrag der Medien muss sich dem Diktat der Quote beugen, Nachrichten werden zu kurzlebigen Konsumgütern. Die Politiker passen sich der Form dieser Nachrichten an und formulieren ihre Botschaften als kurze, mediengerechte Soundbites. Schlussendlich werden sie zum Verkäufer, der um die Bürger als Kunden wirbt.

Für die Bürger hat diese Ökonomisierung negative Konsequenzen. Dadurch, dass ihnen statt politischer Information inhaltsleere Werbebotschaften unterbreitet werden, werden sie von relevanten Informationen abgeschnitten. Die Werbebotschaft will zudem nicht zur Diskussion anregen, sondern zum Kauf. Die Bürger verlieren somit die Möglichkeit, ihre Anliegen in politisches Handeln zu übersetzen.

Die Artikulation und Durchsetzung ihrer Interessen wird den Bürgern zusätzlich erschwert, da ihnen keine kollektiven Identitäten mehr zur Verfügung stehen. Ohne eine Gruppenidentität sind Interessen aber nicht kumulierbar und nicht als konsistente Forderungen an das politische System zu richten. So bleibt der entmachtete Demos sprachlos und apathisch. Die ökonomische Elite demgegenüber versteht es, ihre Interessen zu formulieren, an das politische System zu richten und sie durchzusetzen. Durch die Abhängigkeit der Politiker von Lobbyisten und Experten und das Angewiesensein der Parteien auf Sponsoring entsteht eine neue, politisch und ökonomisch dominierende Klasse, die sich durch ihren privilegierten Zugang zur Politik auszeichnet.

Postdemokratie meint die Gesamtheit der zuvor beschriebenen Entwicklungen. Mit dem Begriff wird also ein Regierungssystem charakterisiert, in dem die gesellschaftliche und die politische Sphäre durch einen tiefen Graben getrennt sind. Trotz des formalen Vorhandenseins demokratischer Institutionen werden diese de facto von privilegierten Wirtschaftseliten kontrolliert und nicht mehr von den Bürgern. Die ökonomische Rationalität überformt die politi-

sche, was eine Verschiebung in der Legitimitätsvorstellung bedingt. Galt früher eine Demokratie durch ihren Input, also die Partizipation ihrer Bürger, als legitim, so rechtfertigt sie sich in postdemokratischen Zeiten vornehmlich durch ihren Output.

## 2. Geschichte

Im europäischen Diskurs ist der Terminus Postdemokratie untrennbar mit Colin Crouch verbunden, der ihn tiefgehend erarbeitet und publik gemacht hat. Doch vor und neben Crouch gibt es weitere Theoretiker der Postdemokratie, deren Begriffsverwendung sich von der oben skizzierten unterscheidet.

Erstmals findet Postdemokratie in Jacques Rancières Buch ‚Das Unvernehmen‘ von 1995 Erwähnung.<sup>2</sup> Rancière konzipiert Politik als eine Aktivität, die als spezifische Rationalität die Rationalität des Unvernehmens hat, jenes Streits, „der über den Gegenstand der Diskussion und über die Eigenschaft derer, die daraus einen Gegenstand machen, besteht“.<sup>3</sup> Politik wird somit wesentlich als Praxis des Streits verstanden; eines Streits, der durch die auf Konsens gerichteten Bestrebungen medialisierter Politik getilgt werden soll. Dies bildet den Ausgangspunkt des Rancière'schen Postdemokratiebegriffs. „Dieser Ausdruck wird ... einfach dazu dienen, das Paradox zu bezeichnen, das unter dem Namen der Demokratie die konsensuelle Praxis der Auslöschung der Formen demokratischen Handelns geltend macht. Die Post-Demokratie ist die Regierungspraxis und die begriffliche Legitimierung einer Demokratie *nach* dem *Demos*, einer Demokratie, die die Erscheinung, die Verrechnung und den Streit des Volkes liquidiert hat“.<sup>4</sup> Aufgrund der Feststellung, in der Postdemokratie werde durch die Konsensorientierung das Wesen der Politik zum Verschwinden gebracht, ist die Begriffsverwendung bei Rancière kritisch, gepaart mit einem larmoyanten Unterton.

Ein ähnliches Verschwinden des Demokratischen befürchtet auch Sheldon Wolin,<sup>5</sup> der 2001 ebenfalls die Postdemokratie thematisiert und dessen Begriffsverwendung jener Rancières nahe steht. Wolin sieht durch die Herabwürdigung der Demokratie zur philanthropischen Geste – ihre Institutionalisierung als bloße Sozialhilfe und ihre Verunglimpfung als Populismus – den Boden für einen demokratischen Despotismus bereitet, der als Postdemokratie

---

<sup>2</sup> Originalausgabe: Vgl. Rancière, Jacques, *La Mésentente. Politique et philosophie*, Paris: Galilée, 1995. Deutsche Ausgabe: Vgl. Rancière, Jacques, *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 2002.

<sup>3</sup> Ebd., S. 11f.

<sup>4</sup> Ebd., S. 111.

<sup>5</sup> Vgl. Wolin, Sheldon S., *Tocqueville between two Worlds. The making of a Political and Theoretical Life*, Princeton – Oxford: Princeton University Press, 2001.

bezeichnet wird. „Despotismus wird nicht einfach deshalb als demokratisch bezeichnet, weil der Despot bestimmte, mit der Demokratie assoziierte Vorstellungen anspricht. Demokratischer Despotismus setzt eine Gesellschaft voraus, deren Mitglieder Demokratie erlebt haben und die wesentlich von ihren Werten – wie Eigeninteresse und Gleichheit – und ihren Praktiken – wie etwa der Zentralisierung der Verwaltung – geprägt worden sind. Entscheidend für das Erscheinungsbild des Despotismus ist das faktische Verschwinden der Kultur der Partizipation, die durch eine Kultur der Privatisierung, der Isolation ... und des Konsumismus ersetzt wird“.<sup>6</sup>

Während Wolin und Rancière eher beklagend-kritisch von Postdemokratie sprechen, verwendete der 2003 verstorbene argentinische Soziologe Norberto Ceresole den Terminus explizit affirmativ. In seiner im Jahr 2000 erschienenen, Hugo Chávez gewidmeten Schrift ‚Caudillo, Ejército, Pueblo – Caudillo, Armee, Volk‘ handelt er, ebenso wie Wolin, von Despotismus und Populismus.<sup>7</sup> Deren Mischung im Caudillismo – einem System, in dem ein Heerführer mit starker Persönlichkeit, hohen Machtambitionen und großem Charisma autoritär herrscht – befürwortet Ceresole ausdrücklich, weil er für ihn angesichts der südamerikanischen politischen Kultur die adäquate Regierungsform darstellt. Hugo Chávez wird bei Ceresole zum idealtypischen Caudillo stilisiert. Postdemokratisch wird Chávez Herrschaft deshalb genannt, weil sie das liberaldemokratische System durch eine plebiszitäre Demokratie mit starker Führung substituiert.

2001, also nach Rancière und Ceresole, zeitgleich mit Wolin, erscheint auf Italienisch die erste Ausgabe von Colin Crouchs ‚Postdemokratie‘. Seine Begriffsverwendung ist zwar kritisch, unterscheidet sich aber im Tenor von der Rancières und Wolins. Freilich ist Crouchs Diagnose niederschmetternd, dennoch sieht er „Möglichkeiten, die politische Entwicklung zumindest in Ansätzen von ihrem vermeintlich unaufhaltbaren Kurs in Richtung Postdemokratie abzubringen“.<sup>8</sup> Und daher handelt er von den Maßnahmen, die auf der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Ebene unternommen werden können, um schlussendlich beim Bürger wieder demokratische Leidenschaft erwecken zu können. Eine Leidenschaft, die stark genug ist, Apathie und Desillusionierung zu durchbrechen.

---

<sup>6</sup> Ebd., S. 570, Übersetzung M.C.K.

<sup>7</sup> Vgl. Ceresole, Norberto, Caudillo, ejército, pueblo. La Venezuela del comandante Chávez, Madrid: Estudios Hispano-Árabes, 2000.

<sup>8</sup> Crouch, Postdemokratie, a.a.O., S. 133.

### 3. Kontroversen

Ausgehend von Crouchs Beitrag entspann sich eine konträre Debatte, die in Deutschland sowohl in einem Themenheft des ‚Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen‘ sowie in zwei Ausgaben von ‚Aus Politik und Zeitgeschichte‘ ausgetragen wurde.<sup>9</sup> Dass es sich beim Begriff Postdemokratie um eine ebenso provokante wie intentionale Zuschreibung handelt, moniert Emanuel Richter.<sup>10</sup> Postdemokratie sei lediglich ein dramatisierendes Etikett, das auf den Wandel in Teilbereichen der Politik geklebt würde, um vermittels des polemischen Charakters des Terminus eine Auseinandersetzung über demokratische Pathologien zu erzielen. Allerdings böten sich dafür analytisch präzisere Kategorien an, die eher den Wandel beschreiben denn eine epochale Zäsur unterstellen. Pointiert hält Richter fest: „Die Kategorie der Postdemokratie erscheint mir unzulänglich und verzichtbar, als provokante Rede ebenso wie als resignative Selbstdarstellung, vor allem aber als ernst gemeinten Versuch, ein politisches Ideal jenseits der Demokratie zu konzipieren.“<sup>11</sup>

Entschieden wendet sich auch Ingolfur Blühdorn gegen das Konzept der Postdemokratie.<sup>12</sup> Crouchs Versäumnis sei es, in modernistischen Kategorien zu denken, die in der späten Moderne der Relevanz entbehrten. Vielmehr sei der spätmoderne Ansatzpunkt das Konsumenten-Ich, welches nur innerhalb des Systems der wirtschaftlichen Rationalität und Effizienz verwirklicht werden könne. Als kompatible Regierungsform des Konsumenten-Ichs skizziert Blühdorn die simulative Demokratie, die der direkten und repräsentativen nachfolge. Er erläutert: „Die simulative Demokratie ist ... die Erscheinungsform der Demokratie, in der das autonome Subjekt, der demos als Souverän, weder selbst direkt politische Entscheidungsgewalt und Verantwortung (mit-)trägt, noch durch gewählte Vertreter repräsentiert wird, sondern in der er (re-)produziert wird. ... Anders als von der bisherigen Literatur zur Postdemokratie in der Regel behauptet, ist also das zentrale Charakteristikum der etablierten westlichen Demokratien nicht, dass sie bloß so tun, als seien sie demokratisch, während sie tatsächlich den Bürgern ihre demokratischen Rechte vorenthalten, sondern sie tun so, als ob überhaupt ein demokratischer Souverän da wäre, der Rechte und Ansprüche habe und ge-

---

<sup>9</sup> Vgl. für die Debatte im ‚Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen‘ die zitierten Beiträge von Blühdorn, Buchstein/Nullmeier, Jörke und Richter und für die Debatte in ‚Aus Politik und Zeitgeschichte‘ die Beiträge von Böhnke, Jörke, Nolte und Ritz/Schaal.

<sup>10</sup> Vgl. Richter, Emanuel, ‚Das Analysemuster der ‚Postdemokratie‘. Konzeptionelle Probleme und strategische Funktionen, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 4/2006 (19. Jahrgang), S. 23-37.

<sup>11</sup> Ebd., S. 30.

<sup>12</sup> Vgl. Blühdorn, Ingolfur, ‚billig will ich. Post-demokratische Wende und simulative Demokratie, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 4/2006 (19. Jahrgang), S. 72-83.

ltend mache“.<sup>13</sup>

Dirk Jörke demgegenüber thematisiert die Stärken des Crouch'schen Anliegens.<sup>14</sup> Jörke nimmt den Vorwurf des idealistischen Fehlschlusses, der besagt, dass die empirische fassbare Realität der Demokratie häufig mit zu hohen idealistischen Standards gemessen werde, zum Anlass, mit Hilfe von Minimalkriterien der Demokratie den zeitgenössischen westlichen Regierungssystemen auf den Zahn zu fühlen. Als Minimalkriterien nennt er zwei Versprechen der Demokratie: Erstens die Zusage gleicher Zugangsmöglichkeiten zum politischen Prozess; zweitens die Versicherung, mit Hilfe demokratisch legitimer Entscheidungen das Gemeinwesen ausbilden und gestalten zu dürfen. In der Analyse dieser Zusagen wendet sich Jörke dem Demokratiedefizit der Europäischen Union zu. Sein Fazit: „Von einer Demokratisierung der suprastaatlichen Ebene sind wir weit entfernt. Beharrt man auf einem Demokratiebegriff, für den die hier genannten Versprechen keine leeren Worte sind, dann vermag die Erzählung von der Souveränität der Bürger, trotz der Fortexistenz demokratischer Institutionen im Rahmen des Nationalstaats, nicht mehr recht zu überzeugen“.<sup>15</sup> Möchte man somit einen realistischen Fehlschluss vermeiden, so sei die kritisch-warnende Verwendung der Kategorie Postdemokratie unverzichtbar.

Gegen diesen Standpunkt bringt Paul Nolte den kontingenten Charakter demokratischer Regierungssysteme ins Spiel.<sup>16</sup> Jenseits des klassischen Institutionengefüges könne sich die Demokratie jederzeit weiterentwickeln, weshalb ein postdemokratisches Lamento fehl am Platze sei. Über die Revolte von 1968 und die Verstetigung des sozialen Protests in der Partei ‚Die Grünen‘ sei es zu einer Institutionalisierung einer partizipatorischen Protestdemokratie gekommen, so Nolte. Legitimität wird in dieser nicht mehr alleine durch die Wahl generiert. Es existieren soziale Bewegungen, die in Situationen der Krise die repräsentativ verabschiedeten Entscheidungen kontrollieren und im Zweifelsfall auch revidieren. Die repräsentative Form der Demokratie hat so „ihren Alleinvertretungsanspruch verloren – oder anders formuliert: Auf ihr ruht nicht mehr die gesamte Last der demokratischen Legitimation. Die Demokratie ist insofern zu einem komplexen Gefüge verschiedener Handlungsformen und

---

<sup>13</sup> Ebd., S. 81f.

<sup>14</sup> Vgl. Jörke, Dirk, Warum ‚Postdemokratie‘?, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 4/2006 (19. Jahrgang), S. 38-46 und Jörke, Dirk, Auf dem Weg zur Postdemokratie, in: Leviathan 4/2005 (33. Jahrgang), S. 482-491.

<sup>15</sup> Jörke, Auf dem Weg zur Postdemokratie, a.a.O., S. 491.

<sup>16</sup> Nolte, Paul, Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1-2/2011 (61. Jahrgang), S. 5-12.

institutioneller Arrangements geworden, zu einer multiplen Demokratie“.<sup>17</sup> Da die multiple Demokratie eine vollwertige ist, erübrige sich die Rede von der Postdemokratie.

Dirk Jörke und Petra Böhnke widersprechen Nolte vehement.<sup>18</sup> Sie verweisen darauf, dass die participatory revolution mit ihren neuen Beteiligungsverfahren wie etwa Referenden, Bürgerforen oder Konsensuskonferenzen zwar eine Erweiterung der Vielfalt der Beteiligungsformen bedeutet, dass sich aber der Nutzerkreis nicht erweitert habe, da weite Teile der Bevölkerung politisch inaktiv verblieben. Es ließe sich diesbezüglich beobachten, dass sich politische Beteiligung ungleich verteile. Petra Böhnke hält dazu fest: „Seit Jahrzehnten reproduzieren sich die Befunde stetig. Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation hängt von individuellen sozio-ökonomischen Ressourcen ab: Bildungs- und einkommensstarke Bevölkerungsschichten beteiligen sich am häufigsten“.<sup>19</sup> Demokratietheoretisch sei eine derart asymmetrische Beteiligung höchst problematisch, da hier das Versprechen der sozialen Inklusion verletzt werde. Jörke schlussfolgert: „Insofern ist vor allzu viel Optimismus mit Blick auf die gegenwärtigen Veränderungen demokratischer Beteiligungsformen zu warnen ... Die Forderung nach mehr direkter demokratischer Beteiligung stellt keinen Ausweg aus der Postdemokratie dar“.<sup>20</sup>

Ob in Zeiten der zunehmenden Pluralisierung, der Entgrenzung des Nationalstaates in supranationale Bürokratien und immer komplexeren Problemlagen eine inputorientierte Sicht überhaupt noch angemessen ist, diskutieren Claudia Ritzi und Gary S. Schaal.<sup>21</sup> Als Alternative böte sich eine leader democracy an, welche der postdemokratischen Gesamtsituation am ehesten gerecht wird. In einer leader democracy gleichen politische Führer politischen Entrepreneurs: „Sie bedienen nicht in erster Linie Präferenzen und politische Wünsche der Bevölkerung, sondern sind innovativ, setzen die politische Agenda und erzeugen bei den Bürgern erst jene politischen Präferenzen und nachträgliche Zustimmung, mit deren politischer Umsetzung sie bereits begonnen haben“.<sup>22</sup> Die damit eintretende Verschiebung vom responsive zum responsible government, in dem die Regierung zwar durch gute Politik ihrer

---

<sup>17</sup> Ebd., S. 10.

<sup>18</sup> Vgl. Jörke, Dirk, Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1-2/2011 (61. Jahrgang), S. 13-18 und Böhnke, Petra, Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1-2/2011 (61. Jahrgang), S. 18-25.

<sup>19</sup> Böhnke, Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation, a.a.O., S. 19.

<sup>20</sup> Jörke, Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie, a.a.O., S. 17.

<sup>21</sup> Vgl. Ritzi, Claudia/Schaal, Gary S., Politische Führung in der „Postdemokratie“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 2-3/2010 (60. Jahrgang), S. 9-15.

<sup>22</sup> Ebd., S. 10.

Verantwortung für das Wohl der Bürger Rechnung trägt, aber dennoch von deren partizipatorischem Input entkoppelt bleibt, stelle sich in der normativen Bewertung, so Ritzi und Schaal, allerdings ambivalent dar. Vorteilhaft in einer leader democracy sei sicher die gesteigerte Handlungsfähigkeit der Regierung. Sollten postdemokratisch handelnde Politiker sich nicht genug Anerkennung verschaffen können, so wäre auf ein Aufbegehren der Bürger gegen die postdemokratischen Verhältnisse zu hoffen.

#### 4. Perspektiven christlicher Ethik

Die Evangelische Kirche bringt ihre Wertschätzung für die freiheitliche Demokratie insbesondere in der Denkschrift „Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie“ aus dem Jahr 1985 zum Ausdruck<sup>23</sup>. „Nur eine demokratische Verfassung kann heute der Menschenwürde entsprechen“, heißt es dort, aber zugleich auch: „Im Gehorsam gegen Gottes Gebot sollen Christen aus der Freiheit des christlichen Glaubens heraus dazu beitragen, dass der Staat als Demokratie seinem Auftrag gerecht werden kann. (...). Der Ruf zur Nächstenliebe fordert also sehr nüchtern auch die Bereitschaft zur Übernahme politischer Verantwortung.“ Die schlichte Notwendigkeit demokratischer Freiheitsrechte für menschenwürdige Lebensbedingungen wird mit der Pflicht verbunden, von den gegebenen Möglichkeiten verantwortlich Gebrauch zu machen und sie mit Leben zu füllen.

Auf katholischer Seite findet sich diese Achtung besonders pointiert in der Sozialzyklika ‚Centesimus Annus‘, aber auch in vielen anderen Äußerungen. „Das Wesen des Staates als politischer Gemeinschaft besteht darin, daß die Gesellschaft, die ihn bildet, das Volk, Herr seines eigenen Geschickes ist“ heißt es in der Antrittszyklika ‚Redemptor Hominis‘ von Papst Johannes Paul II. Die Demokratie erfährt diese Achtung, da sie diejenige Staatsform ist, die dem christlichen Menschenbild in besonderer Weise entspricht. Das Gemeinsame Wort ‚Demokratie braucht Tugenden‘ erläutert: „Im deutschen Grundgesetz hat das christliche Bild vom Menschen seinen Niederschlag gefunden. Dieses Bild vom Menschen ist dadurch bestimmt, dass der Mensch zu freier Entscheidung fähig ist und zugleich immer in solidarischer Verbundenheit mit anderen lebt. Er ist zu verantwortlicher Selbstbestimmung he-

---

<sup>23</sup> Vgl. Kirchenamt im Auftrage des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hg.), Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe. Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus Mohn, 1985.



rausgefordert“.<sup>24</sup>

Ausgehend von dieser Bestimmung des Menschen als sozialer Person mit unhintergebarter Würde entwickeln die christlichen Sozialverkündigungen ein Ordnungsdenken, das darauf zielt, die Grenzen zwischen individueller Freiheit und staatlicher Ordnung zu justieren. Die freiheitliche Demokratie bleibt dabei stets der Referenzrahmen, schon allein, weil es zu ihr keine akzeptablen Alternativen gibt.<sup>25</sup> Eingeräumt wird allerdings, dass aller „Verfassungsnormen zum Trotz ... sich in der Verfassungswirklichkeit Mißstände verfestigt“ haben.<sup>26</sup> Zwar findet der Begriff Postdemokratie in diesem Kontext keine Verwendung, aber der Sache nach ist es auch für die christliche Sozialverkündigung unstrittig, dass die Demokratie eine verletzte Staatsform ist, deren Existenz und Stärke davon bestimmt sind, wie sie gepflegt wird.<sup>27</sup>

Die Zuspitzung, die die demokratischen Erosionsprozesse erfahren haben, erfordert von Sozialethik und kirchlicher Verkündigung gleichermaßen die beständige Reflexion über das Verhältnis von Personalität und Gemeinwohl, von Gerechtigkeit und Subsidiarität. Gemeinwohl darf nicht von den Bürgerinteressen entkoppelt werden. Es ergibt sich a posteriori aus dem Widerstreit der divergierenden gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Kräfte. Die postdemokratische Politik des responsible government, die erst nachträglich die Zustimmung der Bürger einholt, ignoriert den unerlässlichen Beitrag der Bürger bei der Generierung gemeinwohlorientierter Politik.

Daneben darf ein Bezug auf das Subsidiaritätsprinzip nicht dazu führen, dass der Wohlfahrtsstaat immer weiter abgebaut wird. Das Kompetenzzanmaßungsverbot darf nicht gegen das Hilfestellungsgebot ausgespielt und als Deckmantel über Rationalisierungs- und Einsparmaßnahmen gelegt werden. Die in der postdemokratischen Politik vorherrschende, ökonomische Rationalität kann zur Überforderung der Bürger und zu schwerwiegenden Gerechtigkeitsdefiziten bezüglich der Teilhabegerechtigkeit führen, da es gerade die sozial schwächeren Bürger sind, die der Partizipation entsagen. Gegenüber diesen Fehlentwicklungen kann ein Rekurs auf die genannten Sozialprinzipien beim Austarieren des Verhältnisses zwi-

---

<sup>24</sup> Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland / Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.), Demokratie braucht Tugenden. Gemeinsames Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur Zukunft unseres demokratischen Gemeinwesens, S. 12.

<sup>25</sup> Vgl. ebd., S. 16.

<sup>26</sup> Kirchenamt im Auftrage des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hg.), Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie, a.a.O., S. 40.

<sup>27</sup> Vgl. Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland / Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.), Demokratie braucht Tugenden, a.a.O., S. 16.

schen dem Handeln des Staates und dem Engagement der Bürger einen fruchtbaren Beitrag leisten.

## 5. Literatur zum Thema ‚Postdemokratie‘

Böhnke, Petra, Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1-2/2011 (61. Jahrgang), S. 18-25.

Blühdorn, Ingolfur, billig will ich. Post-demokratische Wende und simulative Demokratie, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 4/2006 (19. Jahrgang), S. 72-83.

Buchstein, Hubertus/Nullmeier, Frank, Einleitung. Die Postdemokratie-Debatte, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 4/2006 (19. Jahrgang), S. 16-22.

Ceresole, Norberto, Caudillo, ejército, pueblo. La Venezuela del comandante Chávez, Madrid: Estudios Hispano-Árabes, 2000.

Crouch, Colin, Postdemokratie, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 2008.

Jörke, Dirk, Auf dem Weg zur Postdemokratie, in: Leviathan 4/2005 (33. Jahrgang), S. 482-491.

Jörke, Dirk, Warum ‚Postdemokratie‘?, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 4/2006 (19. Jahrgang), S. 38-46.

Jörke, Dirk, Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1-2/2011 (61. Jahrgang), S. 13-18.

Nolte, Paul, Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1-2/2011 (61. Jahrgang), S. 5-12.

Rancière, Jacques, La Mésentente. Politique et philosophie, Paris: Galilée, 1995.

Rancière, Jacques, Das Unvernehmen. Politik und Philosophie, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 2002.

Richter, Emanuel, Das Analysemuster der ‚Postdemokratie‘. Konzeptionelle Probleme und strategische Funktionen, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 4/2006 (19. Jahrgang), S. 23-37.

Ritzi, Claudia/Schaal, Gary S., Politische Führung in der ‚Postdemokratie‘, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 2-3/2010 (60. Jahrgang), S. 9-15.

Wolin, Sheldon S., Tocqueville between two Worlds. The making of a Political and Theoretical Life, Princeton – Oxford: Princeton University Press, 2001.